

DIE LINKE. *im Erzgebirgskreis*

SOZIALISTISCHES INFO-BLATT

Juni 2022

Nummer 171

Liebe Genossinnen und Genossen.



Ich bin ehrlich - es ist gelinde gesagt gerade nicht einfach für uns. Wir sind in einer existenziellen Krise - eine Krise, aus der wir uns nur selbst heraushelfen können. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass wir diesen Abwärtstrend beenden können - und nicht mehr Angst haben müssen, welcher Skandal als nächstes kommt. Sondern mit Visionen und Ideen vorangehen. Gestalten und sichtbar werden. Dazu dürfen wir aber nicht „weiter so“ machen.

Wir dürfen nicht im Gestern festhängen.

Das haben uns die letzten Jahre gezeigt. Wir müssen professioneller und strukturierter nach innen und progressiver nach außen werden. Das geht aber nur, wenn wir mutig sind und die Strukturen verbessern. Es geht darum mehr Handlungsfähigkeit herzustellen.

In letzter Zeit werde ich von vielen Engagierten Menschen angesprochen, die fragen ob die Linke noch zu retten ist? Und ich sage ja, wir müssen sie retten denn es braucht eine linke Partei, die links von der Rot Grün Gelben Koalition, wenn man es mal auf Bundesebene betrachtet, tatsächlich Inhalte vorantreibt. Denn bisher hat die Bundesregierung

noch nichts Fortschrittliches gemacht. Das einzige was ich mitbekomme, sind schöne Worte - aber keine Taten und da müssen wir ansetzen, Druck aufbauen, damit die Dinge nicht so bleiben wie sie sind.

Die Bundesregierung wollte das Sterben an der EU Außengrenze beenden - Menschen ertrinken aber weiter im Mittelmeer und Frontex rüstet weiter auf mithilfe der Bundesregierung. Das ist nur ein Beispiel. Während andere Parteien nur noch über Aufrüstung sprechen, die 100 Mrd. EUR, die nicht mal der Ukraine zugute kommen, sollten wir diejenigen sein, die sich für die Menschen einsetzen. Wir setzen uns für die Geflüchteten aus der Ukraine ein und diejenigen, die desertieren aus Russland. Wir waren die ersten, die Asyl für russische Deserteure gefordert haben. Und wir setzen uns für diejenigen ein, die in Russland für den Frieden demonstrieren. Denn wir stehen an der Seite der Menschenrechte. Es geht jetzt darum, dass wir uns selbst in die Lage bringen, auf aktuelle politische Entwicklungen schnell und gut zu reagieren und dadurch als linke Stimme sichtbar und wählbar werden.

Dafür brauchen wir einen Neustart, der auch einer ist, denn auch von uns erwartet man nicht nur Worte sondern Taten. Packen wir das an. Sorgen wir für die Inhalte. Sorgen wir für Struktur. Sorgen wir dafür, dass man uns und linke Politik wieder ernst nimmt.

Rede von Clara Bünger auf der 2.Tagung des Landesparteitages in Annaberg-Buchholz am 14. Mai



Zur Halbzeitbilanz der Kenia-Koalition erklärt der
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Rico Gebhardt:

„Ich habe zum Start der Kenia-Koalition im Januar 2020 gesagt, dass diese Regierung die Regierung der enttäuschten Erwartungen sein wird. Das liegt vor allem Widerwillen der Mehrheit innerhalb der CDU, die nötigen Veränderungen für einen wirklichen Aufbruch in Sachsen vorzunehmen. Der Umgang mit der Corona-Pandemie hat zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft geführt und das nicht, weil Grundrechte vorübergehend eingeschränkt werden mussten, sondern wegen der Unfähigkeit der Koalition, mit einer Stimme zu sprechen. Auch das Versprechen, bis Ende 2021 einen Vorschlag für die Rückzahlung der aufgenommenen Corona-Kredite vorzulegen, wurde gebrochen. Stattdessen bleibt uns die Schuldenbremse als getarntes Investitionsverbot erhalten. So kann kein sozial gerechter Fortschritt gelingen! Innenminister Wöllner war ein Totalausfall und hat sich vor allem um sich selbst und seine Günstlinge gekümmert. Seine Entlassung kam viel zu spät. Regionalminister Schmidt agiert beim Strukturwandel als Gutsherr und vergisst, dass die Menschen in der Lausitz und im Südraum Leipzig beim anstehenden Transformationsprozess beteiligt werden wollen. Die Ärztesversorgung bleibt in Sachsen mangelhaft, an den Schulen fehlen tausende Lehrer:innen, in den Städten explodieren die Mieten, während die Nahversorgung, die Verkehrsanbindung und der Breitbandausbau auf dem Land eine Katastrophe sind. Bei den Löhnen und Tarifverträgen bleibt Sachsen weiterhin Schlusslicht – während sich rechtsextreme Strukturen besser ausbreiten konnten, als irgendwo sonst in Deutschland. Sachsen-Kenia enttäuscht viele Erwartungen und wird den gesellschaftlichen Herausforderungen nicht gerecht.“

Aus der AG Soziales DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge berichtet

Gesundheit darf keine Ware sein – Menschen vor Profite

Am 12.05.2022, dem Internationalen Tag der Pflegenden, fand im High Point Zschopau eine von der AG Soziales DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge organisierte Veranstaltung unter dem Titel „Gesundheit darf keine Ware sein – Menschen vor Profite“ statt. Susanne Schaper, sozialpolitische Sprecherin Linksfraktion im Sächsischen Landtag und Landesvorsitzende DIE LINKE. Sachsen war zu Gast und überzeugte durch ihren Vortrag zum Thema Pflege und ihr Fachwissen zum Thema Krankenhausfinanzierungen. Mit dabei waren Robin Rottloff, Gewerkschaftssekretär ver.di, Katja Beyer, Betriebsratsvorsitzende im Erzgebirgsklinikum gmbH Haus Annaberg, Holger Zimmer, Kreisrat und Landratskandidat DIE LINKE. Erzgebirge. In einer Podiumsdiskussion brachten die Mitwirkenden Erfahrungen aus ihrer Arbeit ein und es entstand eine angeregte Diskussion mit den Besuchern der Veranstaltung. Rico Gebhardt, Kreisvorsitzender DIE LINKE. Erzgebirge und Fraktionsvorsitzender DIE LINKE. im Sächsischen Landtag führte als Moderator versiert durch die Veranstaltung. Wir bedanken uns ganz herzlich bei den Mitwirkenden und Gästen für die angeregte Diskussion. Vielen Dank auch an Matthias Raschke, High Point Zschopau, der zum guten Gelingen der Veranstaltung beigetragen hat.



Die Veranstaltung entstand im Rahmen der Zusammenarbeit DIE LINKE. AG Betrieb und Gewerkschaft DIE LINKE. Chemnitz/AG Soziales DIE LINKE. Erzgebirge.

Für das Jahr 2022 sind insgesamt 4 Veranstaltungen im Rahmen dieser Zusammenarbeit geplant.

Annett Börner

Mitglied des Kreisvorstandes und Leiterin AG Soziales im Kreisverband Erzgebirge DIE LINKE

Gedankensplitter vom 12.05. in Zschopau

Unsere Susi Schaper hat als Landtagsabgeordnete auch das Thema Tierschutz mit auf ihrer Agenda. Also wurde auch der anwesende Hund in die Begrüßung mit einbezogen. Sein Frauchen hat es auf jeden Fall gefreut, da ja unsere Christine in Sachen Tierschutz rund um Zschopau bekannt ist.

Tarifikampf ohne Gewerkschaft geht nicht. Nach der Wende gab es eine gewaltige Austrittswelle, jetzt brauchten die Arbeitnehmer:innen eine Eintrittswelle, denn die Beschäftigten selbst müssen den gewerkschaftlich organisierten Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen führen. Nur mit einer starken Gewerkschaft im Rücken gibt es erfolgreiche Abschlüsse.

Private Kliniken: wie werden die Gewinne erzielt und wer hat dann etwas davon.

Kommunale Krankenhäuser haben immer die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, z.B. 24 Stunden Notaufnahme

Die Anwesenheit an Bundestagssitzung ist kompliziert zu verstehen, denn parallel tagen auch Ausschüsse des Bundestages; beim Sächsischen Landtag ist eine derartige Arbeitsweise nicht gestattet.

Barbara Drechsel

Weiter aus der AG Soziales DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge berichtet

Im Rahmen der Zusammenarbeit mit der AG Betrieb und Gewerkschaft DIE LINKE. Chemnitz/ AG Soziales DIE LINKE. Erzgebirge geht es derzeit darum, gemeinsam mit dem DGB Südwestsachsen eine Betriebsrätekonferenz vorzubereiten. Diese soll voraussichtlich im September 2022 in Stollberg stattfinden. Vertreter unserer beiden AG's trafen sich am Montag, dem 16.05.2022 im Kulturbahnhof Stollberg um Details zu besprechen.

„Jetzt nimmt das Ganze Gestalt an und ein Termin ist auch gefunden“ - so äußerte sich Andreas Heilsberg als einer der Initiatoren.

In diesem Zusammenhang bitten wir Interessierte, die in Gewerkschaften oder Betriebsräten aktiv sind und in unserer AG mitarbeiten wollen, sich unter Tel. 0173 3658509 zu melden.

Die AG Soziales und AG Asyl DIE LINKE. Erzgebirge haben sowohl im Monat März als auch im Monat April 2022 gemeinsame Beratungen in den Geschäftsräumen DIE LINKE. in Annaberg-Buchholz durchgeführt. In beiden Beratungen stand die Hilfe für Geflüchtete aus der Ukraine im Vordergrund. Vielen Dank auch hier an alle, die sich aktiv durch Erfahrungsberichte in die Diskussion einbrachten und durch ihre Beiträge zum guten Gelingen der Veranstaltungen beigetragen haben.

Annett Börner

Mitglied des Kreisvorstandes und Leiterin der AG Soziales und AG Asyl

Von der Kreisvorstandssitzung

Unter Leitung von unserem Kreisvorsitzenden, Rico Gebhardt, fand am 25. Mai eine Kreisvorstandssitzung statt.

Anfangs verständigten wir uns zu den Ergebnissen der 2.Sitzung des 16. Landesparteitages (siehe auch weitere Beiträge in dieser Ausgabe). Dieser fand in Annaberg-Buchholz in der Festhalle statt. Für einige der Delegierten war es auch der erste Aufenthalt im Erzgebirge.

Obwohl bereits Leben in die neuen Geschäftsräume in Aue-Bad Schlema eingezogen ist, werden wir wohl die offizielle Einweihungsaktivität erst im September organisiert bekommen.

Einmütig konnten wir feststellen, dass die Veranstaltung „Gesundheit darf keine Ware sein ...“ am 12.05. in Zschopau eine inhaltlich gelungene Veranstaltung war. Besonderer Dank gilt unserer Leiterin der AG Soziales, Annett Börner, in deren Händen die Vorbereitung lag.

Die AG Medien wird im Juli gemeinsam mit den Verantwortlichen für Medienarbeit der Ortsverbände einen Erfahrungsaustausch organisieren.

Unsere Aktivitäten zum 01. und 08. Mai fanden wie jedes Jahr statt.

Für den Weltfriedenstag sind 10 Großplakate in Vorbereitung.

Am 08.10.22 findet unsere Gesamtmitgliederversammlung statt. Wie jedes Jahr brauchen wir wieder in Vorbereitung die Zusage von Mitgliedern, um die notwendigen Arbeitsgremien zu besetzen. **Also meldet euch bitte bei Andrea.**

Anlässlich des 1.Juni bereitet der Ortsverband Am Greifenstein in Ehrenfriedersdorf einen themenbezogenen Infostand vor.

Der Kreisvorstand unterstützt die Aktion zum ChristopherStreetDay am 11.06.2022 in Stollberg mit 400,00 €.

Barbara Drechsel

»Nein!« zur russischen Präventivkriegspropaganda!

Erklärung der Landesvorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann

Von Seiten des russischen Aggressors gibt es vielfältige ideologische Begründungen des Krieges gegen die Ukraine. Ein Grundgerüst dieser Begründungen lässt sich in der Rede Putins vom 21.2.2022 und in der darauf basierenden Fernsehansprache zwei Tage später finden. Zu Beginn wird die eigenstaatliche Existenz der Ukraine nicht nur in Frage gestellt: „Die Ukraine ist für uns nicht einfach ein Nachbarland. Sie ist integraler Bestandteil unserer eigenen Geschichte, unserer Kultur, unseres geistigen Raums.“ (Rede vom 21.2.), sondern hinsichtlich historischer, religiöser, politischer, ökonomischer, juristischer und weiterer Kriterien negiert. Putin fasst zusammen: „Eine stabile Staatlichkeit ist in der Ukraine bis heute nicht entstanden.“ (Rede vom 21.2.).



Eine erste Säule der ideologischen Begründung des Krieges gegen die Ukraine besteht also in der umfassenden Behauptung ihrer Nichtexistenz als Staat bzw. ihrer grundsätzlichen Zugehörigkeit zu Russland.

Die zweite Säule besteht in der Darstellung einer Bedrohungslage Russlands durch die Ukraine.

„Im März 2021 hat die Ukraine eine neue Militärstrategie verabschiedet. Dieses Dokument kennt praktisch nur ein Thema: den Kampf

gegen Russland.“ (Rede vom 21.2.). Darüber hinaus wird die (zu erwartende) Verfügung der Ukraine über Massenvernichtungswaffen behauptet: „Gelangt die Ukraine an Massenvernichtungswaffen, dann ändert sich die Lage in der Welt, in Europa, insbesondere für uns, für Russland, fundamental. Wir haben keine Wahl, wir müssen auf diese reale Gefahr reagieren, vor allem, weil – ich wiederhole es – die westlichen Schutzherren der Ukraine diese Entwicklung fördern könnten, um eine weitere Bedrohung für unser Land zu schaffen.“ [ebenda]

Untersetzt wird dies durch die Behauptung einer akuten Bedrohungslage: „Die riesige Heeresgruppe, die dort zusammengezogen wurde, setzt Kampfdrohnen ein, schwere Technik, Raketen, Artillerie und Granatwerfer. Zivilisten werden ermordet, eine Blockade errichtet, Tag für Tag werden Menschen gequält, darunter Kinder, Frauen und Alte.“ [ebenda]

Putin legitimiert den Krieg gegen die Ukraine also dadurch, dass er 1. ihre Zugehörigkeit zu Russland behauptet, 2. diesen als Präventivkrieg darstellt und 3. die Schutzverantwortung Russlands gegenüber einem neonazistischen Genozid verkündet. Seit Kriegsbeginn werden diese verschiedenen Aspekte der Legitimation durch die russische Propaganda sowie durch Politiker und Diplomaten immer wieder und in zahlreichen Facetten wiederholt.

In dieser Vorgehensweise haben sich Putin und die russische Politik als offensichtlich gelehrige Schüler der US-amerikanischen Kriegslegitimation gezeigt. Der dritte Irakkrieg 2003 wurde ebenso als Präventivkrieg begründet und mit der Frage der Schutzverantwortung verbunden.

Angesichts einschlägiger Äußerungen hinsichtlich der Befürwortung der Präventivkriegsthese durch ein Mitglied unserer Partei in einer ZDF-Frontal-Sendung sagen wir es deutlich: Für DIE LINKE. Sachsen ist klar – wir gehen der Kriegspropaganda nicht auf den Leim! Angriffskriege sind und bleiben völkerrechtswidrig, wir messen nicht mit zweierlei Maßstab. Positionen, die Angriffskriege verteidigen oder legitimieren, stehen nicht auf dem Boden linker Politik, linken Denkens, linker Programmatik.

Jede Stimme zählt jetzt!

In einem Gedicht / Lied von Louis Fürnberg heißt es: „ Du hast ja ein Ziel vor den Augen, damit du in der Welt dich nicht irrst, damit du weißt was du machen sollst, damit du einmal besser leben wirst“. Geschrieben 1937, in einer Zeit der permanenten Kriegsgefahr.

Diese Zeilen gehen mir gegenwärtig immer einmal durch den Kopf wenn ich an den Zustand meiner, unserer Partei DIE LINKE denke. Hat unsere Partei noch ein Ziel? Mir kommt es vor, als würden sich zwei Richtungen in der Partei um die Meinungsführung streiten. Schon längst wird dieser Streit in aller Öffentlichkeit vor allem in den bürgerlichen (uns nicht wohlgesonnenen) Medien ausgetragen. Das ist für die Wählerschaft nicht gut. Parteien, welche innerlich zerstritten sind, werden vom Wahlvolk abgestraft. Ein „Realo“ Flügel in unserer Partei will sich um des Mitregierens willens von festen Grundsätzen unserer Friedenspolitik verabschieden. So soll die NATO und die Mitgliedschaft der BRD in ihr hingenommen werden. Das kann man nicht durchgehen lassen. Bodo Ramelow (MP in Thüringen) ist sogar der Meinung, dass die NATO am Russland – Ukraine – Krieg schuldlos sei. Hier irrt sich unser Genosse gründlich. Sicher greift die NATO nicht offen in den Konflikt ein. Aber sie hat es auch unterlassen, alles zu tun um diesen Konflikt zu vermeiden. Übt die NATO Druck auf die Ukraine aus, um das Abkommen von Minsk umzusetzen? Nein! Im Grunde genommen sind alle Vorschläge seitens Russlands seit 1990 abgelehnt worden. Dazu zählt die NATO – Osterweiterung. Mit Finnland und Schweden wird es weitergehen.

Auf dem Erfurter Parteitag muss deutlich werden:

Wir sind die einzige verbliebene Friedenspartei in Deutschland. Die Grünen haben sich schon mit der Unterstützung des Jugoslawienkrieges vom Frieden verabschiedet.

Es darf keine weitere Aufrüstung geben. Dafür eingesetzte finanzielle Mittel sind anderweitig besser einzusetzen. U.a. für eine bessere schulische Bildung und eine „Aufrüstung“ unserer medizinischen Einrichtungen. Es ist dringend notwendig.

Wir sind entschieden für die Unterstützung von Familien, Jugend und Senioren.

Nebenschauplätze (Sexismus Debatten und Gender Debatten) lenken von wichtigeren Themen ab und sind hinderlich. Diese sollten intern behandelt werden.

Schreiben wir an den Bundesvorstand und melden unsere Bedenken und Meinungen an. Wir im Ortsverband „Am Greifenstein“ werden das tun.

Herbert Schönherr, verantw. f. Öffentlichkeitsarbeit



Pushbacks und Klagen

Das Verhalten der Behörden an den EU-Außengrenzen soll Geflüchtete und Unterstützer*innen gleichermaßen abschrecken.

Verkehrte Welt: An den europäischen Außengrenzen schlagen Staatsbeamte Menschen mit Stöcken, werfen sie ins Meer oder drängen sie über Zäune und Gewässer. Damit wird Schutzsuchenden ihr Recht auf ein faires Asylverfahren mit Gewalt verwehrt. Doch nicht diese völkerrechtswidrig Handelnden kommen vor Gericht, sondern Geflüchtete und ehrenamtliche Fluchthelfer*innen. Nur ein schwacher Trost ist, dass Frontex-Chef Fabrice Leggeri im April wegen Verwicklungen der EUGrenzschutzagentur in illegale Pushbacks zurückgetreten ist. Am System ändert sich dadurch wenig. Die Dokumentation dieser Rechtsbrüche wird auch immer schwieriger: In Polen hat der Staat eine ganz offizielle NoGo-Area an der Grenze zu Belarus eingerichtet. Aus Griechenland berichten Aktivist*innen davon, dass es zu gefährlich werde, das militarisierte Gebiet um den Evros zu betreten, über den Geflüchtete von Griechenland zurück auf die türkische Seite des Flusses gedrängt werden. Dieses System funktioniert zweigleisig. Auf der einen Seite wird die Militarisierung und Gewalt gegenüber Geflüchteten an den EU-Außengrenzen normalisiert und verschleiert. Mittlerweile immer mehr ersteres als zweiteres. Auf der anderen Seite werden der Grenzübertritt der Menschen sowie lebensrettende Maßnahmen als »Beihilfe« zum Grenzübertritt und damit rechtswidrig dargestellt. Obwohl es von Rechts wegen eigentlich andersherum ist. Natürlich wäre es gut, wenn der Prozess gegen die Seenotretter*innen in Italien am Samstag eingestellt werden würde. Doch der Schaden beziehungsweise der erwünschte Effekt ist schon eingetreten: Seit fünf Jahren ist die Crew der »Juventa« nicht mehr in der Lage, Schutzsuchende auf dem Mittelmeer vor dem Ertrinken zu retten. Außerdem wird damit ein Exempel statuiert und solidarische Menschen werden davon abgehalten, sich zu engagieren. Nicht jede*r kann oder will in Kauf nehmen, womöglich jahrzehntelang in einem italienischen Gefängnis zu sitzen. Laut der Recherche »From Sea to Prison« (Vom Meer ins Gefängnis) wurden seit 2013 allein in Italien über 2500 Bootsfahrer*innen und Assistent*innen inhaftiert, viele von ihnen selbst Migrant*innen und Geflüchtete. Gerichtsverfahren dieser Art gibt es nicht nur in Italien. In Griechenland gab es allein in diesem Monat mindestens zwei Verfahren, in denen Geflüchtete angeklagt wurden, weil sie ein Boot steuerten, mit dem Menschen in die EU einreisen wollten. In beiden Fällen hat ein Unfall zum Tod von Menschen geführt. Im Fall der »Paros 3« wurden drei Syrer zu mehreren

lebenslangen Haftstrafen verurteilt. Im Fall der »Samos 2« wurde ein Mann freigesprochen, ein zweiter wurde zu einem Jahr und fünf Monaten auf Bewährung verurteilt. Positiv werten Expert*innen in diesen Fällen, dass die Gerichte zur Kenntnis nahmen, dass die Angeklagten selbst Geflüchtete waren und nicht als Schmuggler behandelt wurden. Im Herbst letzten Jahres kamen Tausende Menschen über Belarus an die polnische Grenze. Auch hier gingen Aktivist*innen, die Geflüchtete besonders im Winter mit warmer Nahrung und Kleidung vor dem Erfrieren und Verhungern bewahrten, hohe Risiken ein. Laut dem Helsinki-Komitee für Menschenrechte wurden seit März mindestens fünf Aktivist*innen wegen »Beihilfe zum illegalen Grenzübertritt« angeklagt, sie müssen mit bis zu acht Jahren Haft rechnen. »Unsere Meinung ist, dass die Bereitstellung humanitärer Hilfe immer legal ist«, sagt Marta Górczyńska vom Helsinki-Komitee für Menschenrechte in Polen zu »nd.DieWoche«. Trotzdem würden Grenzbeamte Aktivist*innen mit Strafanzeigen bedrohen und behaupten, ihre Hilfe sei illegal. Diese Einschüchterung halte Menschen davon ab, Hilfe in den Wäldern zu leisten. »Es heißt nicht ohne Grund: Erst stirbt das Recht, dann der Mensch. Aus diesem Grund müssen wir dafür streiten, dass die Rechtsstaatlichkeit an der EU-Außengrenze wiederhergestellt wird und es keine Kriminalisierung von Flucht und Fluchthelfer*innen mehr gibt«, sagt Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linken im Bundestag zu »nd.DieWoche«.

ULRIKE WAGENER
Aus ND vom 21.Mai 2022



Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Erzgebirge
Vi.S.d.P.: Wolfram Dittmann
Spenden für DIE LINKE.Erzgebirge oder für die Zeitung
"DIE LINKE im Erzgebirgskreis"
(Spendenempfehlung 10 Euro Jahresbeitrag)
Konto: DIE LINKE, Erzgebirge
IBAN: DE 56 870 54 000 33 29 000 456
Sitz des Kreisvorstandes:
Wettinerstraße 2 in 08280 Aue
Tel: 03771 / 2 22 19
Internet: www.dielinke-erzgebirge.de
Meinungen und Post an uns unter
redaktion.erzgebirge@dielinke-sachsen.de
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der
Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe
und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
Redaktionsschluss der kommenden Ausgabe ist der
24. Juni 2022

Die Grünen im Erzgebirge und der Landratswahlkampf

Der Kreisverband von Bündnis 90 / Die Grünen hat für die Landratswahl 2022 im Erzgebirgskreis keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Stattdessen hat der Kreisvorstand der Grünen jeden einzelnen Bewerber zu einem Interview eingeladen. Die Kandidaten der AfD und der Freien Sachsen wurden wegen der Abgrenzung nach rechts nicht eingeladen. SPD und CDU haben die Einladung nicht angenommen. Am Ende haben der Kandidat der Freien Wähler, der FDP und ich dem Interview zugestimmt und dieses auch durchgeführt. Die vollständigen Interviews können unter <https://www.youtube.com/user/erzgruenTV> jederzeit abgerufen werden.

Unter dem Titel „Setzen Grüne auf zweiten Wahlgang?“ veröffentlichte die Freie Presse am 31.05.2022 die Entscheidung der Grünen, keinen der Kandidaten zur Landratswahl zu unterstützen. Im Artikel heißt es „Im Rahmen der Diskussion mit unseren Mitgliedern mussten wir als Kreisverband leider feststellen, dass keiner der Kandidierenden für eine glaubwürdige, progressive Politik im Sinne unserer grünen Werte steht.“ Jetzt kann man darüber diskutieren oder auch nicht. Ich persönlich möchte gar nicht für eine Politik der „grünen Werte“ stehen, denn dann müsste ich Waffenlieferungen und Kriegstreiberei ebenso zustimmen, wie einer neoliberalen Politik im Sinne von Wirtschaftsinteressen insbesondere der Rüstungsindustrie.

Weiter heißt es im Artikel „Wir finden es insbesondere besorgniserregend, dass keiner der befragten Landratskandidaten eine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien ausschloss.“ Diese Aussage kann so nicht stehen bleiben. Es wird sich also hier ganz klar auf die Kandidaten von FDP, Freien Wählern und Linken bezogen, weil nur diese zum Interview erschienen sind. Im Verlaufe des Interviews war das Thema Zusammenarbeit mit rechtsextremen Parteien überhaupt kein Diskussionspunkt, weil die Moderatoren zu diesem Themenkomplex gar nichts gefragt haben. Somit gab es im Rahmen des Interviews logischerweise auch keine Stellungnahme von keinem der Kandidaten. Jetzt im Nachgang zu behaupten, dass keiner der Kandidaten sich dazu positioniert hat, ist einfach nur verlogen. Übrigens gab es ein Wahlforum bei „Aufstehen gegen Rassismus“ im Erzgebirge, wo die Kandidaten der FDP, der SPD und der Linken teilgenommen haben. Dort haben sich alle drei Kandidaten ganz klar gegen rechts positioniert und im Ergebnis der Diskussion sogar einen Demokratiebeauftragten für den Landkreis gefordert. Es wirkt im Nachgang sehr bizarr, wenn eine Moderatorin der Grünen sowohl bei dem Wahlforum moderiert hat, als auch den Kandidaten der Linken im Interview befragt hat.

Was wollen die Grünen nach dem 1. Wahlgang machen? Vielleicht wieder reden, um Ihren Anhängern eine Wahlempfehlung zu geben? Nur was soll dabei heraus kommen? Vor dem 1. Wahlgang lehnen sie alle Kandidaten ab. Mit den rechten Kandidaten wollen sie nichts zu tun haben. SPD und CDU haben vor dem 1. Wahlgang nicht mit den Grünen gesprochen und werden es wohl auch nach dem 1. Wahlgang nicht tun. Die verbleibenden Kandidaten werden sich wohl aber auch sehr zurück halten, was weitere Gespräche angeht, denn erst reden, um sich dann im Nachgang beleidigen zu lassen, das muss wohl niemand wirklich haben. Für mich ist der Artikel in der Freien Presse eine persönliche Beleidigung. Übrigens, trifft die Freie Presse keine Schuld, denn hier wurde nur eine Presseerklärung der Grünen Erzgebirge wortwörtlich übernommen.

Wenn man im Glashaus sitzt, sollte man bekanntlich nicht mit Steinen werfen. Die Grünen waren es, die zusammen mit SPD, CDU, Freien Wählern und AfD eine gemeinsame Presseerklärung zum Bildungsticket im Erzgebirge herausgegeben haben. Es waren auch die Grünen, die den daraus folgenden Antrag für den Kreistag im ersten Entwurf zusammen mit der AfD vorgelegt haben. Um das ganze zu verschleiern findet man auch dazu eine Presseerklärung der Grünen, in der es heißt: „Ulrike Kahl, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN, lobt den sachlichen Austausch von Argumenten sowie den erzielten Konsens der demokratischen Parteien während dieser Beratung.“ Mit diesem Statement wird die AfD, welche an der Beratung mit dem Landrat teilgenommen hat, in den Status einer demokratischen Partei erhoben und die Linken als nicht demokratische Partei hingestellt, denn wir haben diesen Konsens nicht zugestimmt. Wenn sich also hier jemand nicht nach rechts abgrenzt, dann sind es die Grünen selbst. Es ist einfach beschämend.

Übrigens ist der Artikel „Setzen Grüne auf zweiten Wahlgang?“ einen Tag nach Veröffentlichung aus dem Online Angebot der Freien Presse verschwunden. Nur wer gezielt danach sucht, wird fündig. Normalerweise sind Artikel im online Angebot über mehrere Tage sichtbar. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Hier noch die Links dazu, damit die interessierten Leser die gesamten Veröffentlichungen lesen können:

<https://www.gruene-erzgebirge.de/meldung/news/kandidatinnen-interviews-keine-wahlempfehlung-der-gruenen-zur-landratswahl-im-erzgebirgs->

[kreis/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=dfbf975711bf5760743cc0b1d15265ab](https://www.gruene-erzgebirge.de/meldung/news/kandidatinnen-interviews-keine-wahlempfehlung-der-gruenen-zur-landratswahl-im-erzgebirgs-kreis/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=dfbf975711bf5760743cc0b1d15265ab)

<https://www.gruene-kreistag-erzgebirge.de/kreisraete-plaedieren-fuer-bezuschussung-des-bildungstickets-fuer-grundschueler/>

Holger Zimmer